

Date sent: Thu, 21 Jul 2005 10:48:30 +0200  
Subject: Re: Nein zur bewachung der Telefon- und  
Internetkommunikation  
From: Lengauer Roland <r.lengauer@ios.at>  
To: <hans.zeger@argedaten.at>

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Im Auftrag von NR-Abg. Marianne Hagenhofer übermitteln wir Ihnen  
folgende Antwort auf Ihr Schreiben mit dem Betreff "Nein zur  
Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation":

Danke für Ihr e-Mail, in dem Sie sich gegen eine permanente  
Überwachung von Telefon und Internet aussprechen und Ihre Besorgnis  
über die angekündigten Anti-Terror-Maßnahmen in der EU äußern.

Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass ich jegliche Einschränkung von  
BürgerInnenrechten strikt ablehne. Es gibt bessere und vernünftiger  
Methoden, um sozialen Spannungen und Gewalttaten vorzubeugen. Für uns  
als PolitikerInnen ist es wichtig, bei der Bekämpfung des Terrorismus  
mit Besonnenheit und Weitsicht vorzugehen. Wenn es um neue Maßnahmen  
auf europäischer Ebene geht, so ist darauf zu achten, dass diese  
zielgerichtet, effektiv und grundrechtskonform sind. Keinesfalls  
dürfen unverdächtige BürgerInnen Schikanen oder unnötigen  
Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt werden.

Die SPÖ setzt sich für eine verbesserte Integrationspolitik in Europa  
ein, um dem Terror den sozialen Nährboden zu entziehen.  
SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer hat außerdem eine gesamteuropäische  
Initiative für Frieden im Nahen Osten und eine Beendigung des  
Irakkriegs gefordert.

Unser gemeinsames Ziel für die Sicherheit in der EU muss das  
friedliche Zusammenleben aller Kulturen und Religionen in einer freien  
demokratischen Gesellschaft sein.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Hagenhofer

-----  
Dr. Roland Lengauer  
I O S - Management  
Politikberatung & Informationsmanagement  
Babenbergerstr. 1  
A-1010 Wien

Tel.: +43 /1/ 585 45 44  
Fax.: +43 /1/ 585 45 30  
mobile: +43 /676/ 515 49 88  
mailto:r.lengauer@ios.at  
http://www.ios.at

> From: hans.zeger@argedaten.at  
> Date: Fri, 15 Jul 2005 18:57:24 +0200  
> To: marianne.hagenhofer@spoe.at  
> Subject: Nein zur Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation  
>  
>  
> Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schüssel!  
> Sehr geehrter Herr Vizekanzler Gorbach!  
> Sehr geehrte Frau Bundesminister Prokop!  
> Sehr geehrte Frau Bundesminister Miklautsch!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus Ueberzeugung habe ich Ihren Web-Mail-Service genutzt, um mein Missfallen gegenüber der geplanten Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten zu aeußern.

Im Sinne meiner demokratischen Einstellung und Annahme in einer ebensolchen gearteten Gesellschaft und Staatsform zu leben, habe ich folgende Rückmeldungen auf das versandte Mail mit erheblichen Missfallen zur Kenntnis nehmen muessen:

The following message could not be delivered to

[reinhold.loparka@bp.oevp.at](mailto:reinhold.loparka@bp.oevp.at) at host bp.oevp.at (193.154.170.74) because the message content was rejected. 550 Error: Message content rejected

----- The following addresses had permanent fatal errors -----

[<reinhold.loparka@oevp.at>](mailto:reinhold.loparka@oevp.at)

(reason: 550 Error: Message content rejected)

----- The following addresses had permanent fatal errors -----

[<f.grillitsch@bauernbund.at>](mailto:f.grillitsch@bauernbund.at)

(reason: 550 Error: Message content rejected)

----- The following addresses had permanent fatal errors -----

[<silvia.fuhrmann@junge.oevp.at>](mailto:silvia.fuhrmann@junge.oevp.at)

(reason: 550 Error: Message content rejected)

Da ich davon ausgehe, dass diese Filter (message content rejected) bewusst gesetzt wurden, stelle ich eine oeffentliche Mitsprache und Ausdruck von "buergerlichen Sorgen" zu diesem Thema stark in Frage. Mir scheint, dass oeffentliche Meinungen hier regelrecht unerwuescht sind und derartige Aenderungen auf Ebene des EU-Rechts, welches Supranationales Recht darstellt und daher Nationalem Recht uebergeordnet sind, am Buerger "vorbei" beschlossen werden sollen.

Daher meine Frage an Sie; Ist eine derartige Haltung gegenueber dem besorgten Buerger akzeptabel? Meiner Meinung nach sollte ein derartiger Umgang mit berechtigten Buergeranfragen (automaitischer Reject des Mailservers auf Mails mit politisch unerwueschtem Inhalt) oeffetlich gemacht werden.

At 11:45 18.07.05, you wrote:

>Ich erhalte in den letzten Stunden Dutzende identer Mails, in denen eine  
>persönliche Antwort von mir gefordert wird. Ich bin dazu gerne bereit,  
>allerdings auch nur, wenn Mails erkennbar persönlich gemeint sind, und  
>nicht nur als Schimmelbrief versandt werden.

>

>Alles Gute, Josef Broukal

>

>

>

>Josef Broukal

>Abgeordneter zum Nationalrat

>Wissenschafts- und Technologiesprecher der SPÖ

Subject:           **Antwort: Nein zur**  
                  **Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation**  
To:                **"hans.zeger" <hans.zeger@argedaten.at>**  
From:             **Rudolf Nuernberger <rudolf.nuernberger@metaller.at>**  
Date sent:        **Mon, 18 Jul 2005 15:07:48 +0200**

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben!

Ich bin zwar seit rund einem Jahr nicht mehr Abgeordneter im Österreichischen Nationalrat, gerne beantworte ich aber Ihre Frage. Gerade wir Gewerkschaften sind oft mit Überwachung von Beschäftigten (Telefon, E-Mail, Kameras) durch ihre Firmenleitungen konfrontiert. Unter dem Deckmantel, angebliche oder auch tatsächliche Missstände zu beseitigen, werden die Kolleginnen und Kollegen überwacht, die Kosten für die Unternehmen stehen oft in keinem Verhältnis zur Wirkung. Sie haben dieses Argument ja auch in Ihrem Schreiben angeführt. Selbstverständlich verurteilen wir den Terror auf das Schärfste! Wenn wir aber der Terrorbekämpfung grundlegende Rechte von BürgerInnen opfern, dann sind die Menschen die Opfer der Terrorbekämpfung und nicht notwendigerweise mögliche Terroristen. Ich stimme daher im Prinzip mit Ihnen überein, dass man sehr sorgsam abwägen muss, welche Maßnahmen der Terrorbekämpfung tatsächlich der Bekämpfung des Terrors dienen. Ich hoffe Ihnen mit dieser Antwort geholfen zu haben und verbleibe, mit freundlichen Grüßen. Rudolf Nürnbergger Vorsitzender der Gewerkschaft Metall - Textil, Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

From: "GRILLITSCH Fritz NR, Bauernbund" <f.grillitsch@Bauernbund.at>  
To: "'hans.zeger@argedaten.at'" <hans.zeger@argedaten.at>  
Subject: AW: Nein zur Überwachung der Telefon- und I  
nternetkommunikation  
Date sent: Tue, 19 Jul 2005 14:01:22 +0200

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema "Nein zur Überwachung der  
Telefon- und Internetkommunikation" und das Aufzeigen Ihrer Bedenken.

Um die Bedrohungen des Terrorismus zu bekämpfen hat der Rat am 13.  
Juli 2005 die Intensivierung der Bemühungen zur Umsetzung des  
Aktionsplans gegen den Terrorismus diskutiert.

In der laufenden Diskussion wurden folgende strategische Ziele  
angesprochen:

- Grenzüberschreitende Verfolgung von Terroristen
- Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung
- Strategie gegen Radikalisierung und Rekrutierung
- Schutz von Bürgern und kritischer Infrastruktur
- Management und Minimierung der Folgen von terroristischen Anschlägen

Die Umsetzung dieser Ziele dürfen keinesfalls zu einer dramatischen  
Beschneidung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger führen.  
Deshalb ist meine Position völlig klar: Das ausgewogene Verhältnis der  
geplanten Maßnahmen zu Grund- und Freiheitsrechten muss unser  
übergeordnetes Ziel in den Diskussionen sein. Dieses Ziel verfolge  
nicht nur ich, sondern auch unsere Bundesregierung in allen  
Verhandlungen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Grillitsch

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: hans.zeger@argedaten.at [mailto:hans.zeger@argedaten.at]  
Gesendet: Freitag, 15. Juli 2005 18:57  
An: f.grillitsch@bauernbund.at  
Betreff: Nein zur Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schüssel!  
Sehr geehrter Herr Vizekanzler Gorbach!  
Sehr geehrte Frau Bundesminister Prokop!  
Sehr geehrte Frau Bundesminister Miklautsch!  
Sehr geehrte Abgeordnete!  
Sehr geehrter Abgeordneter!

Ich spreche mich gegen die permanente Überwachung von Internet- und  
Telefon aus.

Verabscheuenswürdige Anschläge dürfen keinen Vorwand darstellen schwer  
erkämpfte Bürgerrechte aufzugeben. Die jüngste Vergangenheit hat  
gezeigt, dass ein mehr oder weniger an Überwachung keinen Einfluss auf  
Umfang und Intensität von Anschlägen hat. Diese hängen wesentlich  
stärker von der vom jeweiligen Land betriebenen Außenpolitik, der  
Integration von Minderheiten, der Fähigkeit zum sozialen Ausgleich und  
Dialog, sowie von der Bereitschaft soziale Sicherheit, Arbeit und  
Entwicklungschancen für alle Bürger zu gewährleisten, ab.

Mit dem Plan die Telefon- eMail- und SMS-Verbindungsdaten aller Bürger  
zu speichern und auswertbar zu machen, wird in mein durch die  
Verfassung garantiertes Grundrecht auf Schutz des



Abteilung II/BVT/1

DVR: 0000051

GZ.: 9/127/1-II/BVT/1/05

Wien, am 20. Juli 2005

Herrn  
Hans G. Zeger

([hans.zeger@argedaten.at](mailto:hans.zeger@argedaten.at))

Betreff: Ihre Anfrage vom 15.07.2005

Sehr geehrter Herr Zeger!

Bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 15.07.2005 über die derzeit in den Gremien der Europäischen Union in Diskussion stehenden erweiterten Maßnahmen zur Terrorbekämpfung teilen wir Ihnen mit, dass diese der vordringlich zu gewährleistenden Sicherheit der Bevölkerung dienen sollen.

Auf die Erhaltung der verfassungsrechtlich verankerten Grundrechte und auch auf die Kosten der diskutierten Maßnahmen wird dabei besonders Bedacht genommen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Moick

Date sent: Tue, 30 Aug 2005 12:03:02 +0200  
From: "Robert Goms" <Robert.Goms@bmvit.gv.at>  
To: <hans.zeger@argedaten.at>  
Subject: Antw: Nein zur Überwachung der Telefo  
n- und Internetkommunikation

Sehr geehrter Herr Dr. Zeger!

Im Auftrag des Herrn Vizekanzlers darf ich Ihre Anfrage beantworten.

Viele Dank für Ihr Schreiben zur Frage der Telekommunikationsüberwachung. Ich teile Ihre Besorgnis, dass eine umfangreiche Speicherung von Kommunikationsdaten zu besonderen Einschränkungen der grundrechtlich garantierten Rechte der Bürger führen kann. Diese Diskussion ist jedoch nicht neu, sondern wird seit Jahren vor allem auf europäischer Ebene geführt.

Bereits bei der Ausarbeitung der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation, hat Österreich besonders auf die Wichtigkeit des Schutzes der Privatsphäre hingewiesen und sich gegen die Lockerung des Datenschutzes durch die Möglichkeit der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Bedauerlicherweise blieb diese Meinung in der Minderheit.

Nunmehr wird im Rahmen der dritten Säule in einem Rahmenbeschluss versucht, auf europäischer Ebene eine Lösung für den Zielkonflikt zwischen dem Kommunikationsgeheimnis und den Sicherheitsinteressen zu finden.

Für die Diskussion dieses Themas auf europäischer Ebene und damit auch für die innerstaatliche Koordinierung ist das Bundesministerium für Justiz berufen. In einer im Auftrag des BMJ eingerichteten Arbeitsgruppe, in der unter anderem auch Vertreter des Bundeskanzleramtes, des BMVIT und der Betreiber vertreten sind, wird versucht, diesen Mittelweg zwischen den einander widerstrebenden Interessen zu finden. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass das BMVIT auf Grund seiner Kompetenzlage weder zu Fragen die Ich gebe Ihnen recht, dass durch eine Vorratsdatenspeicherung Straftaten nicht unmöglich gemacht werden, dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, bei denen eine Rück Erfassung von Kommunikationsdaten zur Aufklärung oder Verhinderung von Verbrechen geführt haben, sodass diese Möglichkeit nicht gänzlich aus den anzustellenden Überlegungen ausgeschlossen werden sollte. Dafür darf selbstverständlich ein Schutz der Privatsphäre nicht gänzlich geopfert werden. Ich habe aber keinen Zweifel daran, dass letztendlich di

Mit freundlichen Grüßen,

Mag. Robert Goms  
Bürgerservice im  
Kabinett des Vizekanzlers und Bundesministers  
für Verkehr, Innovation und Technologie

Minoritenplatz 3, 1014 Wien  
Tel.: 01 / 53115 - 2134, Fax: 01 / 53115 - 2146  
robert.goms@bmvit.gv.at, www.bmvit.gv.at

>>> <hans.zeger@argedaten.at> 15.07.2005 18:57:19 >>>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schüssel!  
Sehr geehrter Herr Vizekanzler Gorbach!  
Sehr geehrte Frau Bundesminister Prokop!  
Sehr geehrte Frau Bundesminister Miklautsch!  
Sehr geehrte Abgeordnete!  
Sehr geehrter Abgeordneter!

Ich spreche mich gegen die permanente Überwachung von Internet- und Telefon aus.